

3223/J XX.GP

der Abgeordneten Gredler, Partnerinnen und Partner
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Reaktion auf die derzeitige politische Lage in Afghanistan
Seit der Machtübernahme der Taliban-Milizen in einem großen Teil Afghanistans
hat sich die Menschenrechtssituation in diesem Land weiter dramatisch ver-
schlechtert, besonders für die Frauen. Neben der strengen Verschleierungspflicht,
dem Zugangsverbot von Frauen zu höherer Schulbildung, einem weitgehenden
Arbeitsverbot und dem völligen Auftrittsverbot im öffentlichen Leben wurde in den
letzten Tage bekannt, daß Frauen keinen Zugang mehr zur Gesundheitsversorgung
erhalten und in Spitälern nicht mehr behandelt werden. Dies hatten die „Ärzte ohne
Grenzen“ aufgedeckt. Die Weltgesundheitsorganisation und das Internationale Rote
Kreuz bestätigen diese Vorwürfe weitgehend (vgl. APA 593 vom 24.10.97).
Die Anschuldigungen gegen die Taliban-Regierung sind somit inzwischen so
gravierend, daß die diplomatische Zusammenarbeit mit Afghanistan insgesamt,
besonders aber die humanitäre und Entwicklungshilfe, die seitens der EU und
Österreichs geleistet wird, dringend überprüft werden müßte. Doch die EU setzt
Signale in die andere Richtung, indem sie am 27. Oktober dieses Jahres
Afghanistan (und 8 weitere Länder) in das Zollvergünstigungssystem des Lomé-
Abkommens einbezog (APA 549 vom 27.10.97), wodurch es in den Genuß der
Meistbegünstigungsklausel gelangt.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende
ANFRAGE

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten:

1. Halten Sie die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel im Rahmen des Lomé-
Abkommens für Afghanistan für einen richtigen Schritt der EU? Wenn ja, warum?
Wenn nein, werden Sie sich für eine Rücknahme dieses Beschlusses einsetzen?
2. Welche Schritte werden Sie im Rahmen der EU unternehmen, damit Afghanistan
veranlaßt wird, die grundsätzlich von der EU geforderten Menschenrechts-
standards einzuhalten?
3. Wieviel humanitäre und Entwicklungshilfe hat Afghanistan seit der Macht-
übernahme der Taliban-Milizen seitens der EU bzw. seitens Österreichs erhalten?
4. Welche Länder haben die derzeitige Regierung in Kabul völkerrechtlich
anerkannt?
5. Welche Bedingungen muß das Taliban-Regime in Kabul erfüllen, damit es von
den EU-Staaten als offizielle Regierung Afghanistans anerkannt wird?

6. Welche Sanktionen planen Sie im Rahmen der EU aber auch bilateral um das derzeitige Regime in Afghanistan zur Verbesserung der Menschenrechtssituation, besonders aber der Lage der Frauen: zu veranlassen?
7. Welche Unterstützungsmaßnahmen sind seitens der EU geplant damit private oder UN - Organisationen, die dies planen: Spitäler in Kabul errichten können, in denen auch Frauen behandelt werden?